

Uwe Kranenpohl

Hinter dem Schleier des Beratungs- geheimnisses

Der Willensbildungs- und
Entscheidungsprozess des
Bundesverfassungsgerichts

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT BERECHTIGKEIT STAAT POLI
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES
SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS
STAAT BERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAH
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN



Uwe Kranenpohl

Hinter dem Schleier des Beratungsgeheimnisses

Uwe Kranenpohl

Hinter dem Schleier des Beratungs- geheimnisses

Der Willensbildungs- und
Entscheidungsprozess des
Bundesverfassungsgerichts



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-16871-5

Inhaltsübersicht

Vorwort	17
I. Teil: Vorüberlegungen	19
1 Einleitung	19
2 Zur Methodik der Studie	42
II. Teil: Der Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im BVerfG	81
3 Die Struktur des internen Entscheidungsprozesses	81
4 Der Einfluss der Berichterstatter	133
5 Die Beratung als Forum ‘ausgewogenen kritischer Deliberation’	162
6 Handlungsressourcen in der Beratung	199
7 Konformität und Heterogenität	227
III. Teil: Die Kommunikation des BVerfG mit der Gesellschaft	253
8 Legitimität und Kommunikation.....	253
9 Transparenz, Integration und Legitimation	294
IV. Teil: Legitimationsressourcen des BVerfG	331
10 Struktursicherung durch externe Steuerung	331
11 Entscheidungsspezifische Steuerungspotentiale bei der Normkontrolle	367
12 Quellen der gesellschaftlichen Akzeptanz des BVerfG	400
V. Teil: Die interne Strukturabsicherung	439
13 Informelle Normen als zentrales Element der Organisationskultur des BVerfG	439
VI. Teil: Ergebniszusammenfassung	495
14 Ambivalenzen der Legitimitätsproduktion	495
Anhang	507

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	13
Abkürzungsverzeichnis	14
Anmerkung zur Zitierweise	16
Vorwort	17
I. Teil: Vorüberlegungen	19
1 Einleitung	19
1.1 Fragestellung	20
1.2 Forschungsstand	21
1.2.1 Das BVerfG zwischen ‘Recht’ und ‘Politik’	21
1.2.2 Die politischen Funktionen des BVerfG	25
1.2.3 Politikwissenschaftliche Befunde zu Entstehungs- und Wirkungsbedingungen der Verfassungsrechtsprechung	26
1.2.4 Die ‘Macht’ des BVerfG aus politikwissenschaftlicher Perspektive.....	30
1.2.5 ‘Entscheidungshintergründe’	36
1.2.6 Fazit	40
1.3 Vorgehensweise	40
2 Zur Methodik der Studie	42
2.1 Zur Analyse kollektiver Entscheidungsprozesse	44
2.1.1 Entscheidungstyp	44
2.1.2 Analyseebene	46
2.1.3 Verhaltensannahmen	48
2.1.3.1 Zweckrationalität	48
2.1.3.2 Politisches und organisatorisches Umfeld	49
2.1.3.3 <i>Homo psychologicus</i>	53
2.1.3.4 Die Gruppe in Entscheidungsprozessen	55
2.1.4 Fazit	57
2.2 Konzeption der empirischen Studie.....	57
2.2.1 Zwischen <i>grand theory</i> und <i>grounded theory</i>	57
2.2.2. Fünf Modelle des verfassungsgerichtlichen Entscheidungsprozesses.....	60
2.2.2.1 Das Modell des organisatorischer Prozesses	60
2.2.2.2 Das Modell des Entscheidungsspiels	61
2.2.2.3 Das Modell der zweckrationalen Entscheidung	61
2.2.2.4 Das organisationskulturelle Modell	62
2.2.2.5 Das kognitive Modell	63
2.2.3. Fazit	64
2.3 Die Datenerhebung.....	64
2.3.1 Konzeption der Interviewstudie	67

2.3.1.1	Auswahl der Interviewpartner	67
2.3.1.2	Befragungstyp	68
2.3.1.3	Befragungsinstrument	68
2.3.2	Durchführung der Interviewstudie	70
2.3.2.1	Realisierte Interviews	70
2.3.2.2	Realisierte Fragestellungen	72
2.3.2.3	Interviewdauer	75
2.3.2.4	Interviewsituation	76
II. Teil: Der Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im BVerfG		81
3	Die Struktur des internen Entscheidungsprozesses	81
3.1	Die Struktur im Überblick	82
3.2	Die einzelnen Stationen des Verfahrens	85
3.2.1	Die Gerichtsverwaltung	85
3.2.2	Der Berichterstatter und sein Dezernat	86
3.2.2.1	Die dezernatsinterne Arbeitsorganisation	87
3.2.2.2	Der Einfluss der Wissenschaftlichen Mitarbeiter	88
3.2.2.3	Die Verfahrenshoheit des Berichterstatters	91
3.2.2.4	Das Votum	92
3.2.3	Der Senat	94
3.2.3.1	Die Entscheidungsberatung	94
3.2.3.2	Die Leseberatung	98
3.2.3.3	Die mündliche Verhandlung: Gelegenheit zur Sachaufklärung	100
3.3	Besonderheiten der Kammerverfahren	103
3.3.1	Das Annahmeverfahren zur VerfB	105
3.3.1.1	Gerichtsverwaltung und Allgemeines Register	106
3.3.1.2	Das Dezernat	106
3.3.1.3	Kriterien der Annahme zur Entscheidung	108
3.3.1.4	Das Annahmeverfahren als informales Zugriffsverfahren?	113
3.3.1.5	Die Arbeitsbelastung als Einflussfaktor	117
3.3.1.6	Elemente der Kontrolle	120
3.3.1.7	Zwischenfazit: Die Annahme zur Entscheidung als Auswahlverfahren	122
3.3.2	Die Zulässigkeitsprüfung bei der konkreten Normenkontrolle	122
3.3.3	Die Kammerberatung	123
3.3.4	Der Einfluss der Mitarbeiter im Kammerverfahren	126
3.3.5	Senats- und Kammerverfahren: Keine grundlegenden Unterschiede – aber deutliche Akzentverschiebungen	128
3.4	Probleme des Zwillingsgerichts	128
3.5	Fazit: Der Entscheidungsprozess zwischen Arbeitsteilung und Kollektivverantwortung	131
4	Der Einfluss der Berichterstatter	133
4.1	Einflussmöglichkeiten	133
4.1.1	Der Berichterstatter als ‘Herr des Verfahrens’	133
4.1.2	Erstellung des Votums	136
4.1.3	Der Berichterstatter als Experte	138
4.1.4	Der Einfluss im Kammerverfahren	139
4.2	Restriktionen	141
4.2.1	Beschränkungen der ‘Verfahrenshoheit’	141

4.2.2	Der Status des Votums	143
4.2.3	Die Mitverantwortung des Kollegiums	145
4.2.4	Der bedingte Expertenstatus des Berichterstatters	148
4.2.4.1	Die Dezernatszuteilung	148
4.2.4.2	Konkurrierende Experten	152
4.2.5	Die Beratung und ihre Dynamik	155
4.2.6	Restriktionen in der Kammer	157
4.3	Fazit: Ausrichtung der Arbeitsteilung auf Diskursivität	159
5	Die Beratung als Forum ‘ausgewogener kritischer Deliberation’	162
5.1	Die Beratung als gerichtlicher Verfahrensschritt	163
5.1.1	Der Primat juristischen Argumentierens	163
5.1.2	Die Anschlussfähigkeit der Argumentation	166
5.1.3	Die ‘Läuterung’ persönlicher Ansichten	167
5.1.4	Zwischenfazit: Die Ambivalenz juristischen Argumentierens	169
5.2	Einzig legitimer Ort der kollektiven Willensbildung	170
5.2.1	Unkalkulierbarer Beratungsverlauf	171
5.2.2	Keine Vorabsprachen – aber Möglichkeit zum Austausch	173
5.3	Geschützter Freiraum mit Teiltransparenz	175
5.4	‘Argumentieren’ statt ‘Verhandeln’: Prinzipielle Offenheit des Diskurses	178
5.5	Entscheidungsfindung zwischen Konsenssuche und Mehrheitsprinzip	181
5.5.1	Starke Konsensorientierung	182
5.5.2	Aktive Konsenssuche in der Beratung	185
5.5.3	Grenzen der Kompromissbereitschaft	188
5.6	Am Ende des Einvernehmens	190
5.6.1	Zu ‘harmoniesüchtig’? Eine gerichtsinterne Meinungsverschiedenheit	190
5.6.2	‘Vier-zu-vier-Entscheidungen’: Betriebsunfälle oder Sternstunden?	195
5.7	Fazit: Steigerung der Problemlösungskompetenz durch Intransparenz des Entscheidungsprozesses	197
6	Handlungsressourcen in der Beratung	199
6.1	Fachliche Expertise	200
6.1.1	Generelle juristische Kompetenz	200
6.1.2	Kenntnis spezifischer Rechtsgebiete	201
6.2	Berufsbedingte Erfahrungen	202
6.2.1	Bundesrichter und Hochschullehrer	203
6.2.2	Politiker, Verwaltungsjuristen, Anwälte: ‘Exoten’ im BVerfG	207
6.3	Verhalten in der Beratung	210
6.3.1	Rollenorientierungen in der Beratungssituation	210
6.3.1.1	Der Senatsvorsitzende als ‘geborener Vermittler’	211
6.3.1.2	Diskursfördernde Orientierungen	215
6.3.1.3	Drohen mit dem Sondervotum?	216
6.3.2	Kompetenzen im Beratungsprozess	218
6.3.2.1	Erfahrung mit der Beratungssituation	219
6.3.2.2	Argumentationsgeschick und Rhetorik	220
6.4	Reputation und Reputationsverlust	222
6.5	Fazit: Diskursfördernde Kompetenzen stärken den Einfluss	225
7	Konformität und Heterogenität	227
7.1	Interne Organisation des BVerfG	228
7.2	Pluralität bei der Bestellung der Richter	229
7.2.1	Berufswege	230

7.2.2	Parteilpolitische 'Entsendelager'	232
7.2.3	Individuelle Hintergründe	236
7.2.3.1	Soziale Herkunft	237
7.2.3.2	Persönliche Betroffenheit	239
7.2.3.3	Weltanschauliche Prägung	240
7.2.3.4	Juristische Schulen	242
7.3	Lediglich professionell orientierte Gruppenidentität	245
7.4	Die Wissenschaftlichen Mitarbeiter als Korrektiv	246
7.5	Auswirkungen in der Beratungssituation	249
7.6	Fazit: Geringe Gefahr von <i>groupthink</i> und <i>group polarization</i>	251
III. Teil: Die Kommunikation des BVerfG mit der Gesellschaft		253
8	Legitimität und Kommunikation.....	253
8.1	Die Architektur am Schlossplatz: 'Symbolische Offenheit' des BVerfG	254
8.2	Die Medienpräsenz des BVerfG	256
8.2.1	Die Öffentlichkeitsarbeit des BVerfG	257
8.2.2	Die Justizpressekonferenz Karlsruhe	265
8.2.3	Die Rundfunköffentlichkeit des BVerfG	269
8.3	Die Richter – Kommunikationsagenten des BVerfG	270
8.3.1	Selbstverständnis als 'Repräsentanten' des BVerfG	271
8.3.2	Einbindung in Fachdiskurse	274
8.3.3	Kontaktpflege mit Beschwerdeführern	276
8.3.4	Internationale Kontakte	277
8.4	Probleme	277
8.4.1	Personalisierung der Medienberichterstattung?	278
8.4.2	Öffentlichkeitsarbeit des BVerfG oder Richter-PR?	285
8.4.3	Die Medienpräsenz des 'Vierten Senats'	289
8.5	Fazit: Verbesserte Präsenz durch Einrichtung einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit	292
9	Transparenz, Integration und Legitimation	294
9.1	Das Erfordernis transparenter Verfassungsrechtsprechung	294
9.2	Die Bedeutung des Wertekonsenses	298
9.3	Rechtssicherheit durch Berechenbarkeit	303
9.4	Nachvollziehbarkeit der Begründung	308
9.5	Dokumentation von Streitfragen	312
9.5.1	Veranschaulichung in der mündlichen Verhandlung	314
9.5.2	Offenlegung des Abstimmungsergebnisses	316
9.5.3	Sondervoten	318
9.5.4	Der Ausgleich unvereinbarer Positionen	322
9.6	Unübersichtliche Entscheidungen – ein Preis der Transparenz	325
9.7	Fazit: Lüften des Beratungsgeheimnisses schafft Legitimation und ermöglicht Integration	328
IV. Teil: Legitimationsressourcen des BVerfG		331
10	Struktursicherung durch externe Steuerung	331
10.1	Bedeutung und Vielfalt juristischer Methoden	332
10.2	Die 'unscharfe' Dogmatik des BVerfG	336

10.2.1	‘Elfes’ und ‘Lüth’: Ausdehnung der Entscheidungsreichweite	336
10.2.2	Zwischen Gestaltungswillen und Selbstbindung	341
10.2.3	Die Deutungsoffenheit der Dogmatik	344
10.2.4	Die Unbestimmtheit einzelner Argumentationsfiguren	347
10.2.5	Beschränkungen für den Gestaltungswillen	349
10.3	‘BVerfG-Positivismus’: Strukturierung des juristischen Diskurses	352
10.4	Das BVerfG und die Fachgerichtsbarkeit	358
10.5	Der Mitarbeiterstab als juristische ‘Kaderschmiede’	363
10.6	Fazit: ‘Unschärfe’ als Bedingung für situationsadäquate Rechtsprechungspraxis	366
11	Entscheidungsspezifische Steuerungspotentiale bei der Normkontrolle	367
11.1	Berücksichtigung der Entscheidungsfolgen	367
11.2	Tenorierungspraxis	372
11.2.1	Nichtigkeit und Unvereinbarkeit	374
11.2.2	Appellentscheidungen bzw. die ‘noch verfassungsgemäße’ Norm	377
11.2.3	Die verfassungskonforme Auslegung	379
11.3	Ersatzgesetzgebung durch das BVerfG?	382
11.4	Der Graubereich der ‘tragenden Gründe’ und <i>obiter dicta</i>	385
11.5	Politisches und gesellschaftliches <i>Agenda-Setting</i>	389
11.5.1	Beeinflussung der politischen Agenda durch Entscheidungstenorierung	389
11.5.2	Das BVerfG und die gesellschaftliche Agenda	392
11.6	Gegentendenzen	395
11.7	Fazit: Beträchtliche Strukturierungspotentiale durch die Tenorierung	398
12	Quellen der gesellschaftlichen Akzeptanz des BVerfG	400
12.1	Gesellschaftliche Akzeptanz als zentrale Ressource	400
12.2	Das Rechtsstaatsprinzip und seine Vergegenwärtigung im Alltag: Die Güte der Entscheidungen und ihre Vermittlung	403
12.3	Das apolitische Image des BVerfG	409
12.3.1	Das BVerfG als Institution ‘über den Parteien’	410
12.3.2	Freiheit von Interesseneinfluss	412
12.3.3	Harmonische Konfliktbeilegung statt konflikthafter Streitigkeit	414
12.3.4	Vordemokratische Politikvorstellungen als Legitimationsquelle	418
12.4	Das Charisma des ‘Uncharismatischen’	419
12.5	Die Folgebereitschaft der Entscheidungsunterworfenen	423
12.5.1	Gesellschaftliche Folgebereitschaft: Letztendlich nicht erzwingbar	425
12.5.2	Folgebereitschaft des Gesetzgebers: Trotz Normverwerfungskompetenz des BVerfG prekär	428
12.6	Der Preis der Akzeptanz: Problemverschiebung durch die Politik	431
12.7	Fazit: Das Dilemma der Verfassungsrechtsprechung zwischen genereller Geltung und konkreten Akzeptanzproblemen	437
V. Teil:	Die interne Strukturabsicherung	439
13	Informelle Normen als zentrales Element der Organisationskultur des BVerfG	439
13.1	Internalisierung statt Kodifizierung: Normen als Aspekt der ‘Organisationskultur’ des BVerfG	440
13.1.1	Informelle Normen in der Organisation	441
13.1.2	Traditionspflege	445
13.1.3	Gegentendenz: Regelmäßige Fluktuation	447
13.2	Das Leitbild eines Richters am BVerfG	450

13.2.1	Das Selbstverständnis des unabhängigen Richters	451
13.2.1.1	Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Integrität	451
13.2.1.2	„Der Richter spricht durch sein Urteil“	454
13.2.2	Das Selbstverständnis eines Mitglieds des BVerfG	455
13.2.2.1	Karrierehöhepunkt	456
13.2.2.2	Der spezifische Charakter des BVerfG als Verfassungsorgan	458
13.2.2.3	Parteilpolitische Neutralität	461
13.3	Die Wahrung der institutionellen Integrität	463
13.3.1	Die ‘Würde des Hauses’	463
13.3.2	Autonomiesicherung durch Abwehr politischer Einflussnahme	466
13.4	Interpersonale Handlungs- und Verhaltensnormen.....	470
13.4.1	Normen der Kollegialität	470
13.4.1.1	Deziidierte Rücksichtnahme in der Beratung.....	471
13.4.1.2	Kollegenorientierte Arbeitsorganisation	474
13.4.1.3	Kontroversität begrenzen	475
13.4.2	Sicherung des deliberativen Prozesses	477
13.4.2.1	Das Verschwiegenheitsgebot	478
13.4.2.2	Das Gebot des juristischen Argumentierens	479
13.4.2.3	Das Verbot von Vorabsprachen	480
13.4.3	Der Umgang mit Sondervoten	482
13.5	Das Tabu: Normverstöße.....	485
13.5.1	‘Faule’ Richter	486
13.5.2	Der Ausnahmefall: Vorabsprache vor einer Beratung	490
13.5.3	Sanktionierung von Fehlverhalten	491
13.6	Fazit: Sicherung des deliberativen Verfahrens durch internalisierte Normen.....	493
VI. Teil: Ergebniszusammenfassung		495
14	Ambivalenzen der Legitimitätsproduktion	495
14.1	Diskursorientierte Kollektiventscheidungen bei hochgradiger Arbeitsteilung	495
14.2	Konsensorientierte Beratung im Schatten des Mehrheitsprinzips	497
14.3	Legitimation und Teiltransparenz	499
14.4	Bestimmtheit der Anordnungen durch Unbestimmtheit der Inhalte	501
14.5	Akzeptanz und Folgebereitschaft	503
14.6	Das Annahmeverfahren zur VerfB zwischen Regelkonformität und Willkürlichkeit	504
14.7	Aufgaben der weiterführenden Forschung	504
Anhang		507
15	Interviewfragebogen	507
16	Interviewpartner	512
17	Literaturverzeichnis	513

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tab. 1.1	Funktionen des BVerfG	26
Tab. 2.1	Raster zur Analyse der Entscheidungsprozesse am BVerfG.....	58
Tab. 2.2	Modelle zur Erklärung der Entscheidungsprozesse am BVerfG	65
Tab. 2.3	In den Interviewfragen angesprochene Modelle des verfassungsgerichtlichen Entscheidungsprozesses	69
Tab. 2.4	Befragungsplan (Teilansicht)	71
Tab. 2.5	Befragte Richter nach Status und Senatszugehörigkeit	72
Tab. 2.6	Anzahl der den Richtern gestellten Fragen nach Status	73
Tab. 2.7	Frequenz der den Richtern gestellten Fragen	74
Tab. 2.8	Fragenfrequenz nach Prioritätsgruppen	75
Tab. 2.9	Interviewdauer (in Minuten) nach Befragten	75
Tab. 2.10	Glaubwürdigkeit der Befragten	76
Tab. 2.11	Kooperationsbereitschaft der Befragten	77
Tab. 2.12	Konzentration der Befragten	77
Tab. 2.13	Korrelation von Glaubwürdigkeit, Kooperationsbereitschaft und Konzentration	78
Tab. 3.1	Verfahrenseingänge beim BVerfG.....	83
Tab. 3.2	‘Schlüsselentscheidungen’ des BVerfG nach Verfahrensart	105
Tab. 5.1	Zahl der abgegebenen Sondervoten pro Richter (1970 – 2007).....	191
Tab. 5.2	Abgegebene Sondervoten nach Senat im Zeitablauf	193
Tab. 6.1	Anzahl der Sondervoten der Senatsvorsitzenden (1970 – 2007)	212
Tab. 7.1	Ins BVerfG gewählte Bundesrichter nach Bundesgericht	231
Tab. 7.2	Richter am BVerfG mit Vorerfahrungen in der Politik	233
Tab. 8.1	Gegenstände der Pressemitteilungen des BVerfG 2007.....	258
Tab. 8.2	Gegenstände der Pressemitteilungen 2007 im Zeitverlauf	259
Tab. 8.3	Pressemitteilungen zu Entscheidungen 2007 (nach Verfahrensart)	260
Tab. 8.4	Pressemitteilungen zu Entscheidungen 2007 (nach Senat)	261
Tab. 8.5	Richter des BVerfG mit den meisten Nennungen in Artikeln der Zeit	279
Tab. 8.6	Nennungen der Richter in Artikeln der Presse (1995 – 1997)	281
Tab. 8.7	Nennungen der Richter in Artikeln der Presse (2005 – 2007)	282
Tab. 8.8	Artikel und Interviews ehemaliger Richter des BVerfG in der Presse	290
Tab. 9.1	Vier Modi der Integration (nach Schaal)	296
Tab. 12.1	Einschätzungen des ‘institutionellen Charakters’ des BVerfG	413
Abb. 2.1	Dimensionen der Analyse außenpolitischer Entscheidungen nach Haftendorn	45

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen, die nicht in *Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache, 24. Aufl. (2006)* aufgeführt sind:

a. F.	alte(r) Fassung
AK	Alternativkommentar [= Denninger et al.: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl.]
ASJ	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
bearb., Bearb.	bearbeitet, Bearbeiter
BefBezG	Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BT Drucks.	Deutsches Bundestag, Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerfGGO	Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
dems.	demselben
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ehem.	ehemalig(e), ehemals
EKMR	Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EuGH	Europäischer Gerichtshof
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote(n)
FR	Frankfurter Rundschau
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
i. Orig.	im Original
i. V. m.	in Verbindung mit
JPK	Justizpressekonferenz Karlsruhe

m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MAK I	Mitarbeiterkommentar, 1. Aufl. [= Umbach / Clemens: Bundesverfassungsgerichtsgesetz, 1995]
MAK II	Mitarbeiterkommentar, 2. Aufl. [= Umbach et al.: Bundesverfassungsgerichtsgesetz, 2005]
MD	Maunz–Dürig [= Maunz et al.: Grundgesetz. Kommentar]
MSB	Maunz–Schmidt-Bleibtreu [= Maunz et al.: Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Kommentar]
n. F.	neue(r) Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OVG	Oberverwaltungsgericht
PVS	Politische Vierteljahresschrift
Rn.	Randnummer(n)
S.	Satz
SB	Schmidt-Bleibtreu et al.: Kommentar zum Grundgesetz, 12. Aufl.
SFB	Sonderforschungsbereich
SFHG	Gesetzes zum Schutz des vorgeburtlichen / werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz)
SGB	Sozialgesetzbuch
SOP	<i>standard operation procedure</i>
StB	Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle(n)
taz	die tageszeitung
Übers.	Übersicht
v.	von, <i>versus</i>
VerfB	Verfassungsbeschwerde
VerfGH	(Österreichischer) Verfassungsgerichtshof
vMü	Münch / Kunig (Hg.): Grundgesetz-Kommentar, 5. Aufl.
WRV	Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Weimarer Reichsverfassung)
zit. n.	zitiert nach

Anmerkung zur Zitierweise

Diese Arbeit über das BVerfG zwischen Recht und Politik steht in ähnlicher Weise am Schnittpunkt von Politik- und Rechtswissenschaft. Leider praktizieren die beiden Professionen höchst unterschiedliche Zitierweisen, die nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Da diese Studie trotz ihres Gegenstandes aber eine genuin politikwissenschaftliche ist, werden durchwegs die in dieser Disziplin üblichen Verweistechniken angewandt. Hiervon gibt es lediglich zwei Ausnahmen:

- Die Entscheidungen des BVerfG werden nach den einschlägigen Entscheidungssammlungen (BVerfGE, BVerfGK) zitiert. Sofern die Beschlüsse nicht in diese aufgenommen wurden, wird ab 1998 anhand der Dokumentation auf der Website des BVerfG (www.bundesverfassungsgericht.de) zitiert, für die Zeit zuvor die Publikation der Entscheidung in der *Neuen Juristischen Wochenschrift*.
- Der Verweis auf die juristische Kommentarliteratur zum GG und BVerfGG erfolgt – sofern die ansonsten verwendete ‘amerikanische Zitierweise’ nicht praktikabel ist – mit dem Namen des Bearbeiters, der einschlägigen Vorschrift sowie einem Kürzels zur Angabe des Kommentars.

Um den Usancen beider Professionen gerecht zu werden, wird außerdem – soweit vorhanden – neben der Seitenzahl auch die einschlägige Randnummer angegeben.